



Nr. 69.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Vertriebspreis: Einzel 10 Pfennig, halbjährlich 5 Mark, jährlich 10 Mark. — Auf Sommermarken kommt ein Zuschlag von 100%.

Donnerstag, den 23. März 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellung 33 Pf., vierteljährlich 1,60 Mark, halbjährlich 3,20 Mark, jährlich 6,40 Mark.

## Systematische Fortsetzung der Erdrosselungspolitik der Entente.

### Die wirtschaftliche Verklammerung Deutschlands.

#### Angeheure Bedingungen und Garantien für die sog. „Zahlungserleichterungen“.

Paris, 22. März. Die Agence Havas meldet: Die Reparationskommission hat einstimmig die von Deutschland im Jahre 1922 für das Reparationskonto und für die Besatzungsarmee zu leistenden Zahlungen auf 720 Millionen Goldmark in bar und auf 1450 Millionen Goldmark in Sachlieferungen festgesetzt. Ebenso hat die Kommission einen einstimmigen Beschluß gefaßt über die Bedingungen und Garantien, die Deutschland als Gegenleistung für den ihm vorläufig bewilligten teilweisen Zahlungsaufschub aufzuerlegen sind.

Bis jetzt hat Deutschland 281 948 920 44 Goldmark geleistet. Infolgedessen sind noch 438 051 079 56 Goldmark zu bezahlen. Sollte eine Obstruktion der deutschen Regierung oder ihrer Organe in den Sachlieferungen festgestellt werden, dann wäre der dadurch verursachte Fehlbetrag Ende 1922 in bar zu entrichten.

Hinsichtlich der Finanzreformen erklärt die Reparationskommission in einem an den Reichskanzler gerichteten Schreiben, daß das Steuerkompromiß weder den Verpflichtungen Deutschlands noch seinen Zahlungsmöglichkeiten entspreche. Die Reparationskommission stelle deshalb in klarer Weise fest, daß sie eine tiefgehende Finanzreform und ein Aufgeben der bisher begangenen Irrtümer erwarte. Das Budget der aus dem Friedensvertrag entstehenden Lasten lasse ein Defizit von 171 Milliarden Papiermark bestehen. Der provisorische Aufschub, der heute von der Reparationskommission für die Zahlungen des Jahres 1922 gewährt worden sei, werde dieses Budget um ungefähr 45 Milliarden vermindern. Aber die Budgetberechnung sei auf einem Kurs von 45 Papiermark für eine Goldmark berechnet, während der Tageskurs 70 Papiermark sei. Das Nettodefizit von 126 Milliarden werde also weit überhöht werden, es sei denn, daß eine wesentliche Verbesserung des Wertes der Papiermark eintrete. Es sei erklärt worden, daß das Reich sich anschide, eine innere Zwangsanleihe aufzulegen, aber der Reparationskommission sei kein Plan vorgelegt worden, der befriedigend die Garantien dafür biete, daß den Verpflichtungen Genüge geleistet werden könne. Deshalb sei die Reparationskommission der Ansicht, daß die Lasten aus dem Friedensvertrag progressiv und schnell in das Budget ausgenommen werden müßten und zwar in dem vollen Maße, in dem die Einkünfte Deutschlands es gestatteten, und daß das Kapital Deutschlands die übrigen Lasten aufbringen müsse entweder auf dem Wege der Anleihe oder der direkten Besteuerung. Die Reparationskommission sei der Ansicht, daß schon das Budget von 1922 einen bedeutenden Teil der herabgesetzten Zahlungen decken und der andere Teil durch eine Kapitalsteuer aufgebracht werden müsse. Um die Aufgabe der deutschen Regierung zu erleichtern, sei die heutige Entscheidung getroffen worden.

#### 1. Was das Budget betreffe,

a) Alle in der Note der deutschen Regierung vom 28. Januar angeführten Maßnahmen, für die ein Zeitpunkt festgesetzt worden sei, müßten zu dem festgelegten Datum ergriffen werden. Sollten diese Fristen nicht auf den Augenblick eingehalten werden, dann müßten die Maßnahmen innerhalb 14 Tagen erfolgen.

b) Die neuen Steuern und Lasten, die im Programm vom 26. Januar 1922 aufgeführt seien, und die in Deutschland unter dem Namen Steuerkompromiß bekannt seien, müßten vor dem 30. April angenommen und in Kraft gesetzt sein.

c) Die deutsche Regierung müsse unmittelbar einen Zusatzsteuerentwurf ausarbeiten und in Kraft setzen, durch den im Laufe des Budget-Jahres 1922/23 eine Summe von mindestens 60 Milliarden Papiermark zusätzlich der Einnahmen, die das gesamte Budget vorsehe, erbracht wird. Dieser Gesetzentwurf müsse vor dem 31. Mai 1922 angenommen und in Kraft gesetzt sein und müsse den Einzug von 40 Milliarden Zusatzeinnahmen vor dem 31. Dezember 1922 sicher stellen.

#### 2. Was die Kontrolle anbetreffe:

a) Alle gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen auf Grund der getroffenen Entscheidung der Reparationskommission sind dieser sofort mitzuteilen.

b) Die Reparationskommission wird durch den Garantieauschuß eine ziemlich umfangreiche Kontrolle ausüben lassen, damit sie in jedem Augenblick genaue Rechenschaft über die Ausführung der Steuererhebung, namentlich über den Eingang der Steuer ablegen könne.

Die Entscheidungen der Reparationskommission erstrecken sich auf die Ausgabenverminderung. Hierfür sei vorgesehen, daß im April eine Revision des Ausgabe-Budgets erfolgen soll. Außerdem werde verlangt, daß bis zum 30. April das Projekt einer inneren deutschen

Anleihe vorgelegt und in das Studium der Vorbedingungen für die Auslegung einer äußeren Anleihe eingetreten werde.

Schließlich soll bis zum 30. April ein Programm gegen die Kapitalflucht, ein Programm über die Kontrolle der Auslandsdevisen und ein allgemeines Programm zur Sicherstellung der Rückkehr des Gegenwertes der deutschen Ausfuhr aufgestellt werden. Endlich wird verlangt, daß vor dem 31. Mai gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen werden, um die volle Unabhängigkeit der Reichsbank gegenüber der deutschen Regierung sicherzustellen. Die Reparationskommission behält sich übrigens vor, noch auf einzelne Fragen, die augenblicklich in der Schwebe sind, in einer besonderen Mitteilung zurückzukommen.

#### Eine halbamtliche deutsche Auslassung über die wagnisvollen Vorsetzungen.

Berlin, 22. März. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist der offizielle Text einer Note der Reparationskommission noch nicht hier eingegangen. Wenn in der bisher verbreiteten Meldung von der Forderung einer neuen Ergänzungsteuer die Rede sei, die einen Betrag von 40 Milliarden Papiermark erbringen soll, und bis Ende Mai angenommen werden müsse, und deren Ertrag unabhängig sein sollte von dem Sinken der Kaufkraft der Mark, so könne gar nicht gesagt werden, wie das anzusehen sei. Es sei nicht anzunehmen, daß die Reparationskommission derartige folgerichtige Entscheidungen treffen sollte, ohne den Weg der Verhandlungen offen zu lassen. Jedenfalls würden solche Bestimmungen ein ganz neues Moment in die Sachlage hineintragen. Im übrigen sei schon oft darauf hingewiesen worden, daß die Zurückgewinnung der gestrichelten Kapitalien nicht von Deutschland allein gemacht werden könne.

#### Der Eindruck in Berlin.

Berlin, 22. März. Der Wortlaut der Entscheidung der Reparationskommission in Form eines Briefes an den Reichskanzler ist heute mittag überreicht worden. Das Reichskabinett wird heute nachmittag zusammenreten, um sich mit dem Schreiben zu befassen. Die Fraktionen werden zu der Entscheidung der Reparationskommission Stellung nehmen, wenn ihnen der Wortlaut des Schreibens an den Reichskanzler vorliegt. Die Forderungen der Reparationskommission haben in parlamentarischen Kreisen einen geradezu deprimierenden Eindruck gemacht. Das Steuerkompromiß scheint nach Blättermeldungen erneut in Frage gestellt.

Berlin, 22. März. Wie das „Tageblatt“ sagt, sieht man in der Note mit ihren Fristfestsetzungen nicht nur einen jaht unerträglichen Eingriff in die gesetzgeberische Souveränität, sondern ist auch der Ansicht, daß schon durch die bisherigen Steuern die Steuerkraft des deutschen Volkes bis zu ihrer äußersten Grenze erschöpft ist. — Dem „Lokalanzeiger“ zufolge sei man sich unter den Abgeordneten darüber einig, daß sich keine Regierung finden werde, die derartige Steuern, wie sie von der Reparationskommission verlangt werden, durchbringen könnte und man halte es nicht für ausgeschlossen, daß die Forderungen der Reparationskommission eine Krise herbeiführen können, deren Folgen nicht abzusehen sind. — Das Steuerkompromiß wird von mehreren Blättern als durch die Entscheidung der Reparationskommission für in Frage gestellt gehalten.

Berlin, 23. März. Ueber die Stimmung im Reichstag melden die Blätter, daß nach der ersten Bestürzung über den Inhalt der Reparationsnote eine ruhigere Auffassung Platz gegriffen habe. Während die Deutschnationalen und die Volkspartei von einem Zusammenbruch der Wirtschaft Erfüllungspolitik sprachen, waren die anderen Parteien wesentlich zurückhaltender, wenn sie auch der Meinung waren, daß die Entscheidung der Reparationskommission innerpolitisch nicht ohne Rückwirkung bleiben werde. Zu einer partiellen oder totalen Regierungskrise liege aber keine Veranlassung vor. Nach Ansicht der „Rossischen Zeitung“ würde der nahe Termin der Genuefer Konferenz eine Krise auch dann verbieten, wenn irgendwie die Geneigtheit bestände, das Kabinett oder einzelne Mitglieder für den Ausfall der Entscheidung verantwortlich zu machen. Die deutschnationalen Zeitungen nennen als einzig mögliche Antwort auf die Entscheidung ein kategorisches Nein. Auch die volksparteiliche „Zeit“ erklärt, daß man ein Eingehen auf diese Entscheidung überhaupt ablehnen müsse. Im Gegensatz hierzu glauben die „Rossische Zeitung“ und der „Vorwärts“ zu Verhandlungen raten zu können, da die Entscheidung die Möglichkeit hierzu biete. Die „Rossische Zeitung“ schreibt: Man kann sich auch denken, daß die starren Rezepte, die die Reparationskommission sich für die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen aufstellt,

## Neueste Nachrichten.

Wie wir gestern schon andeuteten, bedeutet der jetzt in Berlin eingetretene endgültige Beschluß der Entente, die deutschen Bargzahlungen für 1922 auf 720 Millionen Goldmark, die Sachleistungen auf 1450 Millionen Goldmark festzusetzen, und zu Zweden der Eintreibung dieser Leistungen ein umfassendes Kontrollsystem über Deutschland zu verhängen, die tatsächliche finanzielle und wirtschaftliche Verklammerung des deutschen Volks.

Der Eindruck in Berlin über diese ungeheuerlichen Zumutungen ist niederdrückend; während die Rechtsparteien für ein kategorisches Nein sind, glauben die Blätter der Mittelparteien, daß man durch Verhandlungen noch zu einem erträglichen Ergebnis kommen könne.

Die französische Presse triumphiert natürlich in allen Tonarten. Die Kommission wird zu dieser „guten Leistung“ beglückwünscht, denn man müsse jetzt endlich zeigen, daß Frankreich nicht geneigt sei, seine „Rechte“ mißachten zu lassen, nachdem „Deutschland die lange Mäßigung der alliierten Forderungen mißbraucht“ habe. In diesem Tone der widerlichsten Heuchelei und des kaum verhüllten Triumphes über den Sieg Frankreichs über die anderen Alliierten wird die Veröffentlichung des Beschlusses begrüßt. Wir hoffen, den Tag noch zu erleben, wo die französische Presse diese Wahnsinnspolitik mit derselben Schärfe verurteilen wird — wenn es zu spät ist.

ernstlich und auch für den Fall unabänderlich gemeint sind, daß in neuen Verhandlungen Möglichkeiten zu einer Verständigung auf vernünftiger Basis sich abbahnen. — Nach dem „Vorwärts“ muß das Ziel dieser Verhandlungen sein, den Verhandlungsgegnern und der gesamten Weltöffentlichkeit darzulegen, daß die Entscheidung der Reparationskommission von Deutschland Unmögliches verlangt und daß es ein Unrecht und ein Schand für die gesamte Weltwirtschaft wäre, wenn man Deutschland für die Nichtausführung eines unmöglichen Auftrags verantwortlich machen wolle. Das Blatt bezeichnet die von der Reparationskommission geforderte Steuer von 50 Milliarden Papiermark nach Abschluß des jetzt zur Beratung stehenden Steuerwerks als eine innerpolitische Unmöglichkeit. Das Steuerkompromiß sei mit Mühe und Not in den Hafen gebracht worden. Bei jedem Schritt weiter müsse diese Steuermehrheit zerbrechen. Die „Germania“ fordert eine sachliche Prüfung der Entscheidung der Reparationskommission. Es müsse festgestellt werden, was an den Bedingungen und der Entscheidung wirtschaftlich möglich und was unmöglich sei. Dem mit Steuern überlasteten Volk eine neue Steuer in Höhe von 60 Milliarden aufzuerlegen, hält auch die „Germania“ einfach für undurchführbar.

#### 3 Milliarden Schaden bei den 3 polnischen Aufständen in Oberschlesien.

Berlin, 23. März. Wie dem „Lokalanzeiger“ zufolge von unterrichteter Seite verlautet, betragen nach den bisherigen Rechnungen und Schätzungen die Gesamtschäden, die die drei polnischen Aufstände in Oberschlesien hervorgerufen haben, 3 Milliarden Mark. Der in der Landwirtschaft angerichtete Schaden beläuft sich etwa auf einviertel Milliarden, die Schadensansprüche der Industrie betragen 1 Milliarde, die von Handel und Gewerbe 750 Millionen.

## Ausland.

### Abbruch der Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Danzig, 21. März. Die Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen wurden am Sonnabend abgeschlossen. Das Ergebnis wurde durch gegenseitig anerkannte Protokolle festgelegt. Es ist eine Einigung erzielt worden betreffend die Aufhebung der Wirtschaftsgrenze zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen. Das Ueberschreiten der polnischen Grenze wird ab ersten April auf bestimmten Wegen gestattet. Die Grenzkontrolle wird weiter geführt, bezüglich des Personenverkehrs, bezüglich des Warenverkehrs mit Waren, die der Monopolasgabe bezw. der indirekten Steuer unterliegen, und der Danziger Kontingentware, sowie bezüglich des Valutaverkehrs bis zu der Zeit, wo die Freie Stadt Danzig die polnischen Beschränkungen bei der Ausfuhr der polnischen Mark in das Ausland übernimmt. Eine Anpassung der gegenseitigen indirekten Steuern ist nicht erreicht worden. Die Verhandlungen betreffend Tabak, Cigaretten, Saccharin, Valuta und Devisenverkehr sollen in kürzester Zeit in Warschau wieder aufgenommen werden.

### Das Memelland unter fremder Gewalt Herrschaft.

Memel, 21. März. Vor einigen Tagen wurde die sozialdemokratische „Memeler Volksstimme“ wegen Veröffentlichung von Karikaturen Poincares und französischer Generale verboten. Jetzt ist der Schriftleiter des Blattes, Stahl, ausgewiesen worden. Das Gewerkschaftsblatt beschloß, laut „Memeler Dampfboot“, eine Abstimmung über einen etwaigen Generalstreik, als Protest gegen die Maßnahme des Oberkommissars.

### Die ungarischen Ansprüche auf das Burgenland.

Wien, 21. März. Nach den hier vorliegenden Berichten sind die ungarischen Forderungen betreffend die Grenzberichtigung im Burgenland in Form von Anträgen der ungarischen Vertreter in der Grenzfestsetzungskommission erhoben worden. Ungarn beansprucht danach ein Gebiet von rund 96 000 Hektar mit über 68 000 Einwohnern, also rund 25 Prozent des Gebiets mit 19 Prozent der Einwohnerzahl des Burgenlandes. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Ungarn sich in dem Augenblick, als es um eine Vermittlung in der burgenländischen Frage nachsuchte, erklärt hat, daß es, falls Oedenburg ihm zugesprochen würde, auf alle von ihm im Burgenland erhobenen Ansprüche verzichte.

### Zusammenkunft der Deutschen Parlamentarier mit solchen der ehemaligen Donaumonarchie.

Wien, 21. März. Wie die Blätter melden, wurden vorgeföhrt am Samstag in Salzburg die in Leipzig eingeleiteten Beratungen deutscher Parlamentarier aus Osterreich, der Tschecho-Slowakei und Deutschland unter dem Vorsitz des Präsidenten des östereichischen Nationalrats Dr. Dinghofer, fortgesetzt. Es fand eine Aussprache statt über die politische Lage des Deutschtums, über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Länder und die Fragen des Selbstbestimmungsrechts, das für die Entwicklung des deutschen Volkes erforderlich sei. Das Währungsproblem, das bei den Erörterungen eine große Rolle spielte, soll in besonderen Beratungen im Mai oder Juni in einer südböhmischen Stadt weiterbehandelt werden.

### Einziehung der Kirchenschätze in Sowjetrußland.

Kopenhagen, 21. März. Nach Blättermeldungen werden in ganz Rußland gegenwärtig die Schätze der Kirchen und Klöster beschlagnahmt. Im Jurgowski-Kloster in Nowgorod allein sind Gold, Silber und Brillanten im Werte von einer Million Goldrubel eingezogen worden. Nach in Moskau eingetroffenen Berichten wurden zahlreiche Kirchen und Klöster von Diebesbanden geplündert.

### Einfall jüdischer Abteilungen in Ulfster.

Belfast, 21. März. Eine starke Abteilung jüdischer Republikaner machte einen Einfall in Ulfster. Zwei Häuser wurden niedergebrannt. An verschiedenen Stellen der Grenze von Ulfster kam es vereinzelt zu Schießereien.

### Die Gründe für den Aufstand in Englisch-Südafrika.

London, 22. März. Wie aus Kapstadt gemeldet wird, teilte General Smuts im südafrikanischen Parlament zur Niederwerfung der Revolution mit, die Revolutionäre, die die Führung des im Anfang industriellen Streiks übernommen hätten, hätten gehofft, bevor die Kraft des Gesetzes und die Ordnung mobilisiert werden könnten, ihre eigene Regierung zu errichten, Einrichtungen zu vollziehen und in Johannesburg ein Klubbad anzurichten. Sie hätten nach der Errichtung einer Sowjet-Republik gestrebt. Die Regierung habe beschloßen, die Schulden von den gewöhnlichen Gerichten des Landes abzurufen zu lassen. Zahlreiche Personen würden unter der Anklage des Mordes vor Gericht gebracht werden. Ein Vorschlag, eine Untersuchung der Ursachen durch den Völkerverbund vornehmen zu lassen wurde von Smuts abgelehnt mit der Begründung, Südafrika sei vollkommen in der Lage, seine eigenen Angelegenheiten zu regeln.

## Deutschland.

### Die Verhältnisse bei den Reichseisenbahnen.

Berlin, 21. März. Im Hauptausschuß des Reichstags berietete bei der Beratung des Haushalts der Reichseisenbahnen der Reichsverkehrsminister über die gegenwärtige Lage der Reichseisenbahn. Bei der Aufstellung des Etats hätten die Materialbeschaffungskosten gegen den Friedenspreis durchschnittlich mit dem 68fachen in Rechnung gestellt werden müssen. Deswegen und wegen der Erhöhung der Gehälter müßten die Gütertarife ab 1. April um 40 Prozent erhöht werden. Unter der Beamtenenschaft sei jetzt eine gewisse Beruhigung eingetreten. Wenn der Staat mit Recht fordere, daß die Beamten keinesfalls streiken dürften, so müsse der Staat unbedingt so für die Beamtenenschaft sorgen, daß sie aus jeder Wirtschaftsnote herauskomme. 350 Disziplinarverfahren seien anhängig, einsechsfach bisher 120. Bei den künftigen Beamten seien 233 Rindungen anrecht erhalten. Das Unternehmen der deutschen Reichseisenbahnen sei in seinem inneren Kern zweifellos gesund, auch finanziell. Natürlich bedürfe es Zeit, um die Schäden des Krieges wieder auf zu machen. Auch die Wirkungen des Achtstundentages müßten ausgeglichen werden.

### Die höheren Beamten gegen das Streikrecht.

Berlin, 21. März. Am Samstag fand in Berlin eine Versammlung der Vertreter von Organisationen der oberen Beamten des Reiches der Länder und Gemeinden statt. Die Versammlung, die über 100 000 Beamte vertrat, lehnte, laut „Volkstg.“, den Streik als Staatsverbrechen und mit dem Berufsbeamtentum unvereinbar ab. Sie kam weiter zu der Erkenntnis, daß der vertikale Ausbau des Deutschen Beamtenbundes ungeeignet ist, die Angelegenheit der oberen Beamten wirkungsvoll zu vertreten und daß hierzu nur eine auf horizontaler Grundlage geschaffene Großorganisation imstande ist.

### Aus dem preussischen Landtag.

Berlin, 21. März. Der Hauptausschuß des preussischen Landtags beriet heute den Haushalt des Ministeriums des Innern. Minister Seering bejahte die Frage, ob eine kommunistische Funktionäre gefunden worden sei. Mit den Kommunisten müsse man jetzt Praktiken reden. Eine preussische Regierung, die diesen Namen verdienen, müsse die Bildung von Reichsverbänden auf preussischem Gebiet

### Ämtliche Bekanntmachung.

#### Biehmarkt in Magstadt.

Der am Samstag, den 25. ds. Mts. in Magstadt fällige Biehmarkt ist aus seuchenpolizeilichen Gründen verboten worden.

Böblingen, den 20. März 1922.

Oberamt: Rüdiger.

zu verhindern suchen. Eine eigene Provinz Oberschlesien sei auch nicht im ober-schlesischen Interesse. Die Städteordnung werde nach Oftern eingebracht werden. Spätestens im nächsten Frühjahr müßten Neuwahlen stattfinden. Eine Bespielung Bayerns durch Preußen habe nicht stattgefunden. Die Grenzfestsetzungen im Weichselgebiet zu Ununfsten Deutschlands widersprechen dem klaren Wortlaut des Friedensvertrags, auf Grund dessen versucht werden solle, eine Aenderung zu erreichen.

### Die Aussperrung in der bayrischen Metallindustrie.

München, 22. März. Gestern nachmittag ist die Aussperrung durch den Verband bayrischer Metallindustrieller in sämtlichen Mitgliedsbetrieben in Kraft getreten.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 23. März 1922.

### Dienstnachrichten.

\* Das Landesfinanzamt hat zu Zollbetriebsassistenten die Zollbetriebsassistenten auf Probe Seher in Wildberg und Nagel in Liebenzell ernannt.

### Bezirkskriegerbund Calw.

Die diesjährige Bezirksversammlung des Bezirks Calw des Württ. Kriegerbundes fand am letzten Sonntag im Gasthaus z. Hirsch hier statt. Der Vorsitzende, Herr Dekan Zeller, der seit Ausmarsch des unvergesslichen Bezirksobmanns, Kameraden Couz, im Jahre 1914, die Geschäfte des Obmanns führte, begrüßte mit warmen Worten die Kameraden, und konnte zur allgemeinen Freude feststellen, daß mit Ausnahme von zwei sämtliche dem Bezirk Calw angeschlossene 36 Militär- und Veteranenvereine vertreten waren. Die Abrechnung der Sterbefälle, die Kamerad Nieethammer mit so großer Gewissenhaftigkeit führt, wurde den Vertretern vorgelesen und dem Rechner Entlastung erteilt. Auf Anregung des Bundespräsidenten mußte ein neuer Bezirksobmann gewählt werden. Leider konnte die Versammlung die geschätzte Kraft des Herrn Dekan Zeller für die Bezirksobmannstelle nicht mehr gewinnen, da Herr Dekan Zeller mit reichlicher Begründung die definitive Wahl eines Bezirksobmanns ablehnte. Die vorgeschlagene Neuwahl fiel auf den Kameraden Hauptm. d. R. Rühle in Calw. Kamerad Hauptm. d. R. Wagner in Ernstmühl wurde als stellvertretender Obmann wieder gewählt. Herr Dekan Zeller, der als Mitglied des Bundespräsidentiums nach wie vor im Bezirksausschuß tätig sein wird, erntete reichen Dank für seine vorbildliche Geschäftsführung während der langen arbeitsreichen Kriegs- und Nachkriegsjahre. Die vom Kriegerbund herausgegebene Kriegerdenkmünze 1914-18 fand allgemeinen Beifall. Zum Schluß wurde der Verammlung von Herrn Oberleutnant Schumacher vom Bundespräsidentium mitgeteilt, daß der Württembergischer Kriegerbund seit seinem Bestehen an Bundesbeiträgen 1 300 000 M. vereinnahmte, hingegen an unterstützungsbedürftige Kameraden, Witwen und Waisen die Summe von 2 358 000 M. bewilligte. Im Jahre 1921 wurden allein 146 815 M. Unterstützungen gewährt. Dem Bunde gehören z. Zt. 140 000 Kameraden an. Erholungsheime besitzt der Bund drei und zwar in Serrenalb, Heiligkreuztal und in Bad Niedernau, wo erholungsbedürftige Kameraden 14 Tage lang bei sehr mäßigen Preisen und überaus guter Verpflegung Aufnahme finden können. Minderbemittelten Kameraden wird unentgeltliche Aufnahme bewährt.

### Generalversammlung

#### der Spar- und Vorschußbank Calw.

Trotz des schönen Frühlingssonnentags fanden sich am 1. ten Sonntag zur Generalversammlung der Spar- und Vorschußbank sehr viele Genossen im Gasthof zum „Röfle“ hier zusammen, um den Bericht über das 60. Geschäftsjahr anzuhören. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Verwaltungskassier Staudenmeyer, begrüßte die Mitglieder und entbot herzliche Grüße von dem aus Krankenlager gefesselten Direktor Georgi, dem es besonders schmerzhaft sei, bei der Generalversammlung fehlen zu müssen. Nach der Begrüßung gab der Kassier der Bank, Herr Fischer einen eingehenden Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr, das wie sein Vorgänger ein Jahr harter Arbeit gewesen sei. Auch bei uns ist in allen Gewerbebetrieben Umsatz und Gewinn gestiegen. Zunächst kam allerdings die Lage von Handel, Industrie und Landwirtschaft als gestiegen und für die nächste Zukunft als nicht ungünstig beurteilt werden; immerhin muß die schwere Lage der Pensionäre und Kleinrentner heute schon vielfach als eine verzweifelte angesehen werden; ein Hiniaussehen gibt es bis jetzt wenigstens nicht. Das Geschäftsjahr war das letzte, das die Bank in ihren alten Räumen verbrachte. Der 1. Teil des Umbaus hat sich sehr bewährt und erleichtert jetzt schon die Arbeit erheblich. Im Herbst erhob sich die Frage, ob ein neuer Kassenschrank um M. 60-70 000.— gekauft werden sollte, oder ob man dem Einbau einer Stahlkammer nähertreten wollte. Nach eingehenden Beratungen wurde unter Zuziehung des Bankbaupezialisten Architekt Reizing in Stuttgart beschloßen, unverzüglich mit dem Neubau zu beginnen. Die Stahlkammer, bei der nebenbei gesagt über 300 Sad Zement verarbeitet wurden, ist demnächst fertig und wird dem Urteil der Genossen bei einer bald stattfindenden Besichtigung unterstellt werden können. Die fortbauende Preissteigerung legte sodann die Frage nahe, ob nicht auch noch der 3. und letzte Teil des Umbaus sofort vollzogen werden sollte. Nach langen Berechnungen und Beratungen wurde auch dieser Schlußteil des Umbaus noch beschloßen, der voraussichtlich im Laufe des Sommers fertig werden wird. Die Bank wird dann neuzeitig und allen Anforderungen des Verkehrs und jeder Sicherheit gewachsen sein. Die Bank kann mit dem letzten Geschäftsjahr durchaus zufrieden sein. Der Reingewinn ist um

etwa 7% gestiegen: entsprechend freilich auch das Unkostenkonto und die Steuern. Der Bank als Genossenschaftsbank fehlen die Gewinne an Devisen wie sie die Großbanken erzielen. Andererseits hat die Bank freilich auch keine Verluste durch Devisen erlitten, da Spekulationen bei ihr ausgeschlossen sind. Der Umsatzzieg von 94 auf 147 Millionen, die Bilanzsumme von 6 1/2 auf über 9 Millionen. Bessere hat sich also in 2 Jahren nahezu verdoppelt. Auch die laufende Rechnung zeigt 70 neue Conti. Am erfreulichsten ist die Zunahme der Anlage auf Sparplätzen in Höhe von annähernd einer Million auf insgesamt etwa 3 Millionen. Es verbauchen also nicht alle Leute, was sie einnehmen. Der Geldmarkt im allgemeinen wird beherrscht durch die fortwährend laufende Notenpresse. Es laufen jetzt in Deutschland 105 Milliarden Papiergeld um, gegen 65 Milliarden Ende letzten Jahres. Im November 1918 waren es nur 17. Der Goldbestand der Reichsbank hat sich seit der Revolution von 2 1/2 auf nicht ganz 1 Milliarde verringert. Die schwebende Schuld des Reichs beträgt nunmehr 240 Milliarden bank Londoner Ultimatum und Versailles. Der Effektenmarkt geriet im Laufe des Jahres 1921 in große Abhängigkeit von der Bewegung der Devisenkurse. Der Dollar wurde sozusagen zum Barometer der Börse. Es setzte besonders im Oktober und anfangs November die bekannte Flucht vor der Mark ein, die nicht nur am Wertpapiermarkt, sondern auch an den Warenmärkten bis hinab in den Kleinhandel nie geahnte Preissteigerungen hervorrief und in eine wilde Jagd nach Waren ausartete. Von Beginn des Jahres bis zu dem Tage des höchsten Dollarkurses haben sich die Kurse der meisten Industriepapiere fast durchweg verdreht und vervierfacht. Durch den im Dezember eingetretenen Rückschlag ist der Kursstand durchschnittlich soweit ermäßigt worden, wie er bei einem Dollarkurs von 80-90 gestanden hat. Bestehe Kreise beteiligten sich an der Spekulation (so den Börsenplätzen bis zu den Kasserboten und Banklehrlingen herunter). Durch den Erwerb von Aktien wollte man sich möglichst vor der immer bedrohlicher werdenden Verminderung des Vermögens bewahren. Mit Hilfe von Kursgewinnen suchte man die zum Leben nicht ausreichenden Mittel zu verbessern und in der Not das Einkommen zu erhöhen. Der Kurs der Kriegsanleihe ist gleichgeblieben, während die Kurse der ausländischen, früher zweifelhaftesten Staaten in dem Verhältnis gestiegen sind als unsere Mark fiel. Der Kurs der 3%igen Reichsanleihe steht heute zum Beispiel auf 128%. Nach wie vor möchten wir unsere warnende Stimme erheben mit Spekulation recht vorsichtig zu sein, nur den kleinen Teil des Vermögens in spekulativen Werten anzulegen und womöglich nur soviel zu kaufen als man bezahlen kann. Ueber den Dollarkurs brauchen wir nichts weiter zu sagen, derselbe steht in jeder Tageszeitung. Steigender Dollarkurs bringt hohe Preise und starke Begehr nach Waren und große Gewinne, die Besserung der Mark verursacht sofort Störung und Abwärtsbewegungen. Eines nicht fest, keinerlei Steuern und keinerlei Maßnahmen, wie sie auch getarnt sein mögen, werden es uns jemals ermöglichen, daß wir die Reparationslast erfüllen können. An eine Ordnung unseres Finanzwesens kann deshalb nicht eher gedacht werden, als bis die Reparationsverpflichtungen auf ein erträgliches Maß herabgesetzt werden. Nur dann können wir vielleicht mit einem festen Stand unserer Valuta rechnen. Leider sind die Aussichten bis jetzt in diesem Jahr durch die Ablehnung der Teilnahme Amerikas an der Konferenz zu Genäva recht trübe geworden. — Der Vorsitzende des Aufsichtsrats gab sodann Bericht über die Tätigkeit des Aufsichtsrats und trug die Vorschläge von Vorstand und Aufsichtsrat über Verwendung des Reingewinns vor. Auf das dividendenberechtigten Geschäftsguthaben von M. 478 902 28 sollen 6% Dividende mit M. 28 734.— verteilt werden. Den Reserven werden M. 29 700.— zugefügt und außerdem werden einer neu zu gründenden Beamtenfürsorgekasse M. 10 000 entsprechend dem Vorgang anderer Banken zugewiesen. Nach Entlastung des Vorstandes folgt der Beschluß, den Höchstbetrag, den fremde Gelder nicht übersteigen dürfen, auf 12 Millionen zu erhöhen, ferner wird die Grenze für Kredite an einzelne Genossen auf 500 000 M. erhöht. Hierauf wurden die auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Dehke, Reichert und Staudenmeyer in gleicher Abstimmung wieder gewählt. Nachdem der Vorsitzende sich noch ausführlich über die Bauarbeiten der Bank verbreitet hatte, fand die anregend verlaufene Versammlung durch Auszahlung der Dividende, allerdings nicht in Gold, sondern leider in Papiermark einen angenehmen Abschluß.

### Mutmaßliches Wetter am Freitag und Samstag.

Der Luftwirbel steht mit seinem Drehpunkt über der Nijsee und verursacht fortgesetzt nordwestliche Winde. Am Freitag und Samstag ist weiterhin nachkaltes Wetter zu erwarten.

### Gemeindeabend des Cv. Volksbundes.

In einer am Montag abend im „Völschen Hof“ abgehaltenen Versammlung hielt der Jugendgeistliche Stadtpfarrer Döfler-Stuttgart einen Vortrag über „Die Aufgaben der ev. Gemeinde an ihrer Jugend“. Nach einigen herzlichen ernst und humoristischen Begrüßungsworten von Dekan Zeller gab Stadtpfarrer Döfler äußerst interessante Aufschlüsse über die Notwendigkeit und die beste Art der Jugendfürsorge. Der Redner ist schon 13 Jahre in der Jugendarbeit tätig und hat sich auf diesem Gebiet reiche Erfahrungen gesammelt. Er ist nicht nur mit der Jugend der Großstadt, sondern auch durch die Lehrlingsfürsorge mit der Landjugend vertraut. In seinen Ausführungen hatte er besonders die konfirmierte männliche Jugend im Auge. Es sei, sagte der Redner, bei unserer Jugend ein einheitlicher Zug nach Freiheit festzustellen, ein Freiheitsdrang, der alle Autorität abzulehnen scheint. Es gebe eine Jugend, die nicht gehalt sein wolle. Schon vor der Revolution habe Staat, Schule und Kirche und auch die politischen Parteien sich der Jugend zu bemächtigen gesucht und das bekannte Wort: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft, sei bis zum Übermaß gebraucht worden. Die heutige Jugend wolle im allgemeinen nirgends mittun, sie wolle nicht Objekt sondern Subjekt sein. Die ev. Gemeinde habe schon lange Zeit ihre Pflicht an der Jugend getan, es sei hierbei an die Kinder- und Sonntagsschulen und an die verschiedenen Vereinigungen von Jünglingen und christlichen jungen Männern erinnert. Alle diese Einrichtungen schweben in großer Gefahr und zwar spiele hierbei die wirtschaftliche Not, mit der heute alle Organisationen zu kämpfen haben,



# Freie Schuhmacher-Gewerkschaft Calw und Umgegend.

**Außerordentliche Vollversammlung**  
am Sonntag, den 26. ds. Mts., mittags  
1/2 Uhr, im Gasthaus zum „Dahsen“ hier.

**Tagesordnung:**

1. Eintragsverles.
2. Aenderung im Genossenschaftswesen.
3. Besprechung der Lederveruerung.
4. Antrag an den Verbandstag.
5. Neuregelung der Gefellenprüfung.
6. Meisterstücke sind aufzustellen.
7. Verschiedenes.

Um vollzähliges Erscheinen wird dringend gebeten.  
**Der Ausschuss.**

**Wichtig! Wichtig!**

## Schreiner-Gewerkschaft.

Am kommenden Sonntag, den 26. ds. Mts., präzis  
mittags 1 Uhr findet im Gasthaus zum „Dahsen“ hier

## Versammlung

statt. **Tages-Ordnung:**  
**Vortrag**  
von Herrn Sekretär **Brönne** - Stuttgart  
über:

„die Tätigkeit des Landes-Verbands u. der Zentral-  
Genossenschaft u. über die Lage unseres Gewerbes“  
Zahlreiches Erscheinen erwartet der Vorstand.

## Bezirksverein f. Geflügelzucht und Vogelschutz, Calw.

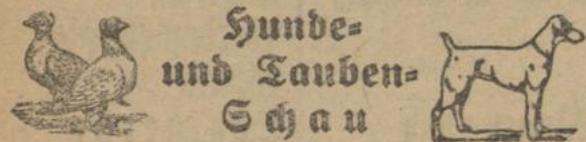
Am Sonntag, 26. März,  
nachmittags 2 1/2 Uhr  
**Frühjahrs-Versammlung**  
im Gasthof z. „Nöhle“ in Hirau.

**Tagesordnung:** Vortrag über Junggeflügel-Anzucht,  
Besprechung von Vereins-Angelegenheiten. — Vertagung.  
Hiezu laden wir unsere Mitglieder von Stadt und  
Land, insbesondere auch Frauen, freundlichst ein.

Diejenigen Mitglieder, welche dieses Frühjahr  
auszugeben in der Lage sind wollen die  
Umgegend beim Vorstand anmelden.  
**Der Ausschuss.**

**Achtung! Achtung!**  
Nächsten Sonntag findet

im „Lamm“ in Speckhardt



und Tauben-  
**Schau**  
statt. Liebhaber sind eingeladen.  
Mehrere Hunde- und Taubenfreunde.

**Liebenzell.**  
Am Sonntag, den 26. ds. Mts.,  
findet im Gasthaus zum „Waldborn“

große  
**Hunde-Schau**

statt. Zu zahlreichem Besuch laden freundlichst ein  
mehrere Hundefreunde.

Ab Freitag, den 24. ds. Mts.  
steht wieder ein großer Transport

# Schaff-Dahsen

in unseren Stallungen  
in Nellingen

zum Verkauf, wozu Kauf- und Tausch-  
liebhaber freundlichst einladen

**Elias u. Ludwig Schwarz,**  
Nellingen, Fernsprecher Nr. 7.

# Spar- und Vorschußbank Calw

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

## Rechenschaftsbericht

vom Jahre 1921 (60. Geschäftsjahr).

**Zahl der Mitglieder**

am 1. Januar 1921 . . . . . 1242  
Neu eingetreten . . . . . 46  
1288

Ausgeschlossen sind:

durch Tod . . . . . 20  
durch Kündigung . . . . . 23  
durch Ausschuß . . . . . 1 44

Stand am 31. Dezember 1921 1244

Gemäß § 139 des G.-G. machen wir bekannt, daß sich das Geschäftsguthaben der  
Genossen um Mk 39 073.43 und die Haftsumme um Mk. 2400.— vermehrt hat. Die Haft-  
summe beträgt am Jahreschluß Mk. 1 492 800.—.

**Der Kassennutzen betrug:**  
Einnahmen . . . . . Mk. 35 595 139.43  
Ausgaben . . . . . Mk. 35 381 037.04

Mk. 70976 176.47

Der Gesamtnutzen auf einer Hauptbuchseite betrug Mk. 147 430 691.40.

Der Reingewinn im Betrage von Mk. 77 145.51 wird wie folgt verwendet:

6% Dividende auf das divid. berechnete Geschäftsguthaben . . . . . Mk. 28 734.14  
von Mk. 478 902.28  
Zuweisung an die Reserve . . . . . Mk. 9 766.—  
Zuweisung an die besondere Reserve . . . . . Mk. 20 000.—  
Zuweisung an ein Beamtenfürsorge-Rücklage-Konto . . . . . Mk. 10 000.—  
Gewinn-Vortrag auf neue Rechnung . . . . . Mk. 8 705.37  
Mk. 77 145.51

### Vermögensstand auf 31. Dezember 1921.

Vermögensseite:		Eigene Betriebsmittel:	
Mk.	Stk.	Mk.	Stk.
Kassa-Konto . . . . .	214 102	59	554 503
Postgeld-Konto . . . . .	61 539	27	105 000
Bank-Konto . . . . .	1 815 361	11	88 000
Wechsel-Konto . . . . .	2 253 915	40	—
Effekten-Konto . . . . .	1 9 085	—	10 000
Stahlkammer-Konto . . . . .	11 457	20	—
Modulen-Konto . . . . .	36 333	50	4 453 974
Gebäude-Konto . . . . .	75 220	—	1 039 665
Umlauf bei d. d. Centra. kasse	—	—	2 866 210
Umlauf . . . . .	25 000	—	41 795
Kontokorrent-Konto . . . . .	1 517 616	67	8 705 37
Vorschuß-Konto . . . . .	3 048 580	—	—
	9 167 854	54	9 167 854

Calw, den 19. März 1922.

**Der Vorstand:**

Paul Georgff. Fritz Fischer. Fr. Nonnenmacher. Ernst Rheinwald.

**Der Aufsichtsrat:**

Emil Staudenmeyer, Vorsitzender. Friedr. Deyse. Carl Reichert.  
Carl Copenbauer. Ernst Kitzinger. Jul. Wilmannier.

**Haarpflege**  
unerreicht!

Zu haben in einschlägigen Geschäften  
Hersteller: Heilbronner & Co. Heilbronn a. N.  
- Geschäftsgründung 1858 -

Zur Stockholzgewinnung empfiehlt  
**Spreng-Stoffe und -Kapeln, Zündschnüre**  
Gerhard Paulus, Bad Liebenzell, Fernsprecher 15.

## Leerer Raum

zum Einstellen eines Wagens, wenn  
möglich auch zwei, gegen gute Bezahlung  
zu mieten gesucht. Angebote unter E. H.  
65 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

**So eingeführt Ihr Geschäft ist,**  
wenn Sie nicht in irgend einer  
Form für dasselbe Reklame  
machen, so wird Ihre Firma der  
Vergessenheit anheim fallen!

**Frische Kabeljau**  
ohne Kopf  
Pfund 7.50  
empfehlen

**Pfannkuch & Co.**  
Fernsprecher 45.

**Baumwachs,**  
kaltflüssig,  
**Ebeiraffinabast,**  
**Cocosbanmbänder,**  
**Obstbaum-**  
**karbolinum,**  
**Kaupenteilm,**  
**Harz**  
empfehlen  
**H. Hanber.**  
4 junge albenjunge  
**Schäfer-Hunde**  
legt dem Verkauf aus.  
**G. Kopp,**  
Hof-Lügnenhardt.

Am nächsten Sonntag, den 26. März,  
nachm. 1/2 3 Uhr treffen sich, wie verabredet, die  
Teilnehmer am

## Regiments-Fest des Dragoner-Regiments „Königin Olga“ Nr. 25



nochmals in Calw bei Kamerad Metzger-  
meister Scheuerle, Lederstraße. Die gezeichneten Beiträge  
zur Bestreitung der Festkosten wollen, soweit noch nicht  
entrichtet, mitgebracht oder durch einen Kameraden abge-  
liefert werden.

Das Fest selbst mußte besonderer Umstände halber auf  
einen früheren Zeitpunkt, als ursprünglich geplant, verlegt  
werden und findet am Sonntag, den 23. April, in  
Ludwigsburg statt.

Im Auftrag: **Karl Zügel.**

Am Freitag, den 24. März, abends 8 Uhr findet  
im Saale des „Badischen Hof“ die jährliche

## Hauptversammlung

unseres Vereins statt.

**Tagesordnung:**

1. Erstattung der Jahres- und Rechenschaftsberichte.
2. Entlassung des Rechners.
3. Wahl des Vorstandes und Ausschusses.
4. Allgemeine Aussprache.

Angeichts der Notlage der Hausbesitzer, ihrer bevor-  
stehenden Entrechnung und der drohenden Sozialisierung  
ihres Eigentums muß die Bedeutung des Zusammenstehens  
in unserem Verein und die Berechtigung gemeinsamer Interessen  
durch ihn jedem Hausbesitzer klar sein. Alle Hausbesitzer,  
die noch nicht unserem Verein angehörend, werden zum Beitritt  
in unseren Verein höflich eingeladen. Unsere Mitglieder  
fordern wir zu vollzähligem Erscheinen auf.

## Haus- u. Grundbesitzerverein Calw e. V.

**Calw.**

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und  
Bekannte zu unserer am Samstag, den 26. März  
1922, stattfindenden

## Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Hirsch“ hier freundlichst  
einzuladen.

**Albert Reik,** hier,

**Anna Maria Bechtold**

Tochter des Johann Bechtold, Wuchgändlers  
von Holzbrunn,

Kirchgang um 1 Uhr.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Ein-  
ladung entgegenzunehmen.

**Hirsau.**

Statt Karten.

Zu unserer

## kirchl. Trauung

am Samstag, den 25. März, laden herzlich ein

**Mag Haas**

**Mathilde Gutekunst**

Kirchgang 1 Uhr.

**Bad Teinach.**

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und  
Bekannte zu unserer am Samstag, den 25. März  
1922 stattfindenden

## Hochzeitsfeier

in das Hotel „Hirsch“ hier freundlichst einzuladen.

**Adolf Fluhrer,**

Sohn des Karl Fluhrer, Kaufmann, Heilbronn.

**Frieda Zerweck,**

Tochter des Heinrich Zerweck, Sattlermeister, hier.

Kirchgang um 1/2 2 Uhr.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Ein-  
ladung entgegenzunehmen.

## Landw. Bezirksverein Calw.

Die besten

## Saatkartoffeln (späte)

werden morgen Freitag, 24. und Samstag, 25. März,  
vormittags von 8 Uhr ab, in unserem Lagerhaus auf  
dem Bahnhof ausgegeben. Geschäftsführer Knecht.